

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

**Inserate**  
werden bei 4 Spalten Platz  
für 1000 Rubel mit 10 Pf.  
berechnet und bei mehrstündiger  
Anzeigezeit mit 50% Rabatt.  
Kleinanzeigen 10 Pf. pro  
Zeile für 14 Tage, über  
14 Tage 20 Pf. pro  
Zeile für 14 Tage und  
noch so weiter zu bezahlen.

**Expedition:**  
Gerbergasse Nr. 1.  
Verantwortlich: Herr G. H.  
Telephon: Nr. 1. Nr. 1266.

**Abonnements-Preis**  
für ein halbes Jahr 1.00 Mk.  
für ein Jahr 1.80 Mk.  
für ein halbes Jahr 1.00 Mk.  
für ein Jahr 1.80 Mk.  
für ein halbes Jahr 1.00 Mk.  
für ein Jahr 1.80 Mk.  
für ein halbes Jahr 1.00 Mk.  
für ein Jahr 1.80 Mk.  
für ein halbes Jahr 1.00 Mk.  
für ein Jahr 1.80 Mk.  
für ein halbes Jahr 1.00 Mk.  
für ein Jahr 1.80 Mk.

Nr. 208.

Dresden, Donnerstag den 9. September 1897.

8. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

Dresden, 8. September.

### Französische Dinge.

Herr Bismarck soll nach einer Mitteilung des „Gaulois“ — das ist die neueste Bismarck-Industrie — nicht französischer Parlamentarier, der ihn kürzlich besucht hat, gesagt haben:

„Es ist möglich, daß man in Peterhof so weit gegangen ist, einen Vertrag fertig zu stellen, aber vielleicht geistlich es nur deshalb, um der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Beruhigung zu gewähren. Alle diese Vereinbarungen würden jedoch dann ernst werden, wenn man Anzeichen dafür gewänne, daß es gelungen sei, und Oesterreich-Ungarn abendlich zu beugen. Ich glaube, der Hauptgegenstand der Peterhofer Verhandlungen war England. Ich fürchte aber, alle diesbezüglichen Bemühungen sind umsonst. Um die englischen Präzedenzfälle zu vermeiden, bedürfte es einer eifrigen, zielbewußten, ausdauernden Entente; Deutschland wird das nicht fertig bringen, was wir könnten einmal bedauern, die Engländer also sehr gereizt zu haben. Der Augenblick wäre wohl sehr günstig, um den Engländern den Suezkanal und Ägypten wieder wegzunehmen, aber Frankreich wartet vielleicht, bis wir noch tiefer in unserer plan- und grundlosigen äußeren Politik hinabgedunkelt.“

Daß Bismarck sich einem Franzosen gegenüber in einer so abfälligen Weise über die deutsche Diplomatie geäußert haben soll, ist doch wohl kaum anzunehmen. Allerdings wir hätten schon ein diesbezügliches Beispiel, als Bismarck das Geheimnis des deutsch-russischen Vertrages verriet, — doch möchten wir die Authentizität der Aeußerung immerhin bis auf weiteres dahingestellt sein lassen. Etwas wird wohl dahinter stehen und gewiss trifft das Gesagte in der Hauptsache zu. Die „Politik und Grundpolitik“ der deutschen Diplomatie haben wir schon öfters an einzelnen Beispielen Gelegenheit gehabt zu kennzeichnen — wir haben und deshalb sogar den Namen jener „Realorgan“ genannt. Was aber den Charakter des deutsch-russischen Bündnisses anbetrifft, so war es gerade die „Sächs. Arb.-Ztg.“, die schon vor mehr als einem Jahre zuerst in der gesamten Presse in und außerhalb Deutschlands, darauf verwiesen hat, daß dieses „Bündnis“, zu stande gebracht durch die Revanchebestrebungen Frankreichs, seine Spitze, die gegen Deutschland gerichtet war, gegen England wendet. Die Mitteilung des „Gaulois“, ob sie auch ganz oder teilweise aus friedlichem Munde kommt, ist nun schon deshalb charakteristisch, weil sie zeigt, daß die Auffassung der Bedeutung des Bündnisses nunmehr auch in Frankreich selbst zur allgemeinen Erkenntnis kommt. Die Verhandlungen in der Orientfrage haben in dieser Beziehung viel Klarheit geschaffen. Und die Ueheber des russisch-französischen Bündnisses, die den Chauvinismus weiblich bei verschiedenen Gelegenheiten ausgenutzt haben, haben sich jetzt schon gegen den Vorwurf zu wehren, sie hätten die Intentionen Frankreichs preisgegeben, die Idee der „Revanche“ aufgegeben.

Unsere sozialistische Arbeiterpartei in Frankreich, die wegen ihrer „Freundschaft mit den Deutschen“, wegen der Betonung der internationalen Solidarität des Proletariats, die stärksten Angriffe seitens des Regierungsklingels zu erdulden hatte, hat durch diese Wendung der Dinge gewonnenes Spiel. Aber gerade dies erschwert die Situation, schafft eine Sachlage, bei der taktische Fehler sehr leicht begangen werden können. Es ist sehr verlockend und auch durchaus notwendig, die Regierung auf dem Vortrage ihrer eigenen „Nationalitätsidee“, die sie so oft den Sozialisten gegenüber ausgepielt hat, festzunageln. Aber sehr leicht kann man dabei selbst, aus Opposition zur Regierung, sich in der Ideologie eines beschränkten Nationalismus verirren. Sogar der Kupperstehenden, die objektiv zu urteilen vermögen, ist es, in diesem Fall nicht durch schnellere Widerrede, die Dinge auf die Spitze zu treiben, sondern durch ruhige Auseinandersetzung die Sachlage zu klären.

Auf diese Gedanken sind wir durch folgenden Vorfall gebracht worden:

In unserer französischen Brudervereinigung, der „Petit Republicain“, veröffentlichte Genosse Jean Jaurès einen Artikel über das russisch-französische Bündnis. Der Artikel begann mit den Worten: „Jawohl, und mag die Wut der Regierungsblätter auch so groß sein und noch so groß das Beifallsrufen von Paris beim Durchzuge unserer Triumpheherden (d. h. der aus Petersburg zurückkehrenden Regierung), so hüten wir doch nicht, jenes System der europäischen Reaktion zu bekämpfen, in dem diese Liga das russisch-französische Bündnis, wie es Herr Jaurès mit der Jar Nikolais versteht, das wesentliche Glied bildet.“ Dann wurde ausgeführt, daß allerdings ein Einverständnis der beiden Nationen — also nicht der Regierungen, sondern der Völker — eine kulturelle Errungenschaft wäre. Beide haben die Aufgabe zu erfüllen: die französische Nation müsse sich die soziale Revolution erkämpfen, die russische Nation müsse „politische Freiheit“ und Gedankenfreiheit erobern, sich vom Absolutismus und dem diebsischen Beamtentum befreien und in seine halb urwüchsige, halb kapitalistische Gesellschafts-Ordnung neue Einrichtungen einfügen.“ Dann hieß es im Schlußsatze:

„Für diese verschiedene geartete, aber übereinstimmende Fortschrittsarbeit können die beiden Nationen sich gegenseitig gegen die Verdrängung des Dreiebundes und gegen die Ueberladungen und Brutalitäten des preussischen Militarismus sichern. Und am Ende eines so verständenen Bündnisses könnte man im Geiste die geerdeten territorialen Wiederergerungen voraussagen, auf die die verklärte französische Demokratie ein Recht hat.“

Wortlaut Jaurès mit dem letzten Satz hingelassen, ist ziemlich klar, nicht so, wie er sich die Sache dachte. Das einzige, was man, wenn man sich nicht in bodenlose Spekulationen einlassen

will, daraus folgern kann, ist, daß Jaurès der Meinung ist, Frankreich habe durch den Verlust Elsaß-Lothringens Ansprüche auf territoriale Vergeltung und daß, wenn es gelingt, der Vergeltung die Macht zu verschaffen, so werden diese Ansprüche Frankreichs befriedigt. Es ist also, wenn auch in einer sehr vorläufigen Weise, ein Kollektieren mit dem französischen Chauvinismus.

Diese Aeußerung des Genossen Jaurès griff nun unsere „Leipziger Volkszeitung“ auf und fügte ihr folgendes Schwänzelchen an:

„Wenn Jaurès als Endziel des deutsch-russischen Bündnisses, auch wie er es sich vorstellt, die Wiedererlangung Elsaß-Lothringens, der Reichsländer betrachtet, so drängt sich die Frage auf: wie sollen die verlorenen Provinzen durch die „alliierten Nationen“ wiedergewonnen werden? Wie die Dinge liegen, doch allein durch die Entscheidung der Waffen, durch einen Krieg gegen Deutschland, dessen von den Franzosen so oft als Bruderpartei begrüßte Arbeiterbewegung als die vorgeschrittenste und einflussreichste Europas gilt, während im zaristischen Reich erst die zögerlichen proletarischen Anfangsbewegungen zu Tage treten. Wie steht es sich übrigens leichter und früher mit dem Rückland des Zarismus oder mit dem Deutschland des allgemeinen Wahnsinnes?“

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat mit diesen Randglossen Jaurès das bitterste Unrecht an. Es ist eine leere, auf nichts begründete Spekulation der „Leipz. Volksz.“, daß Jaurès für einen Krieg mit Deutschland“ eintritt. Würde er dies thun, so müßte ihm doch gerade das jetzige Bündnis zwischen dem militaristischen Frankreich und dem militaristischen Russland am ehesten genehm sein. Jaurès wendet sich aber, wie aus dem Einleitungssatz und dem ganzen Gedankengang seines Artikels zu ersehen ist, mit aller Entschiedenheit dagegen. Und während Jaurès erklärt, trotz aller Wut der Regierungspresse werde er das Bündnis, wie es jetzt mit dem Jaren geschlossen worden sei, bekämpfen, und gerade den Kampf gegen den russischen Absolutismus zur Voraussetzung einer Einigung zwischen Frankreich und Russland macht, wirft ihm die „Leipz. Volksz.“ vor, er wolle „mit dem Rückland des Zarismus“ zusammen gehen! Die „Leipz. Volksz.“ ignoriert vollständig, daß Jaurès jene „territorialen Wiederergerungen“ (die „Leipz. Volksz.“ überzieht: „Wiederergerungen der Länderstreifen“ — teils der beiden Völker findet sich im Original) in die Zeit der sozialen Revolution verlegt, die ganz andere politische Verhältnisse voraussetzt, als die jetzt bestehenden. Von einem Krieg, von der Anwendung brutaler Gewalt kann schon aus diesem Grunde nicht die Rede sein. Jaurès denkt wohl, daß der Schiedsspruch der Nationen Frankreich jene territorialen Vergeltungen zusprechen wird. Das Bündnis der zwei Nationen denkt er sich nur als Ueberwehr gegen die militaristische Gewalt Preussens resp. des Dreiebundes. Und daß auch die deutsche Sozialdemokratie sich einem derartigen Schiedsspruch fügen würde, darüber hat sie nie einen Zweifel gelassen, wie auch, daß sie die Frage Elsaß-Lothringens als eine friedliche Frage betrachtet.

Die „Leipziger Volkszeitung“ freilich stellt sich auf einen anderen Boden. Sie, die Jaurès Chauvinismus vorwirft, kehrt selbst der Auffassung Jaurès gegenüber den beschränkten Nationalismus hervor. Sie schreibt:

„Der Frankfurter Frieden, der die ehemals deutschen Gebiete Gewalt und Treubruch von Deutschland losgerissen hat, bietet dem Elsaß und Lothringen wieder an Deutschland angegliedert hat, ist eine geschichtliche Tatsache, die die Franzosen beklagen müssen, mit der sie sich aber abfinden müssen. Was die Reichsländer brauchen, um es wirklich mit dem Reiche zu verschmelzen, ist die Herstellung des gemeinsamen Reiches, der Fall des Autokratismus, des Diktaturparagrafen. Die kurzfristige und verkehrte Politik der Zwangsmäßigkeit ist der Blut, der den Weg sperrt.“

Der Hinweis auf die „ehemals deutschen“ Gebiete — das ist die gemeiniglich gebrauchliche Rechtfertigung des deutsch-französischen Krieges, gegen den die deutsche Sozialdemokratie ihren klaren und Protest erhoben hat. Die „geschichtliche Tatsache“, mit der sich die Franzosen „abzufinden“ haben — ja, heißt das nicht einfach: „Wir haben Elsaß-Lothringen erobert, haben die Festungen wieder aufgebaut und neue hinzugefügt, haben so viele Soldaten hineingekickt — macht, daß ihr davonkommt, sonst ergäbe es euch schlecht, ihr verdammten Franzosen!“ Was die Reichsländer brauchen, um mit dem Reiche zu verschmelzen — haben wir denn nicht schon erklärt, das Volk von Elsaß und Lothringen habe selbst zu entscheiden, ob es mit dem Reiche verschmelzen will?

Und nun wollen wir sagen, wie die Elsaß-Lothringische Frage „gelöst“ wird. Was wir thun, ist — die Aufhebung der Bollstranten zwischen Frankreich und England. Dann hört die Elsaß-Lothringische Frage auf, zu existieren. Das wird stattfinden — noch lange vor der sozialen Revolution.

**Schädige Unternehmer.** Die Bundesratsverordnung „über die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien“ passen den Unternehmern nicht. Die Verordnung ist lächerlich mild, sie schafft kaum die schlimmsten Mißstände ab, und enthält nur Vorschriften über den zulässigen Mindestraum und die notwendigen Reinlichkeitsmaßregeln, außerdem ist ein Zeitraum von vollen zehn Jahren vorgelassen, innerhalb dessen die Buchdruckereien die notwendig werdenden baulichen Aenderungen vorzunehmen haben. Man hat also die Sache mit Selbsterhandhabe angefaßt. Trotzdem sieht sich der „Vund der Berliner Buchdruckereibesitzer“ veranlaßt, folgende Eingabe an den Bundesrat zu richten:

„Der Vund der Berliner Buchdruckereibesitzer sieht in dem Ersatz die einseitigen, zum Teil unausführbaren Vorschriften, nach Einführung der Unfallversicherung und der sozialpolitischen Gesetzgebung eine zumeist unnütze Erschwernis des erwerbserwerbenden an sich unschädlichen Betriebes und materielle Schädigung des ohnehin schon durch behördliche Ueberwachung beunruhigten Buchdruckerei-Verwerbes, das doch gerade in seinen Mittel- und Kleinbetrieben der Hebung bedürftig.“

Eine sonderbare Auffassung der Unfallversicherung leuchtet uns aus diesem Dokument der Unternehmerratie entgegen. Denn die Einführung derselben kann doch nur den Sinn haben: „Da der Arbeiter bei Unfällen eine Entschädigung erhält, brauchen wir nicht mehr für die Versicherung derselben zu sorgen.“ Der echte, rechte Progenstandpunkt. Die Knochen des Arbeiters werden ja bezahlt, was brauchen wir uns noch darum zu kümmern! Und dann diese Berufung auf die „Rothlage“ des „Mittel- und Kleinbetriebs“: Ja, wenn derselbe überhaupt nur bestehen kann, indem er durch seine mangelhaften Einrichtungen die Gesundheit des Arbeiters zu Grunde richtet, so hat er das Existenzrecht überhaupt verloren.

Wie das Prozentum mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung uniprintet, dafür liefert die Eingabe einen neuen Beweis: Es wird nämlich berichtet, daß derselben ein Schriftstück beigegeben wird, in welchem die Unternehmer sich auf die Erhebungen des Reichsgesundheitsamtes berufen, die ergeben haben sollen, daß die Gefährlichkeit des Zeitschreibes eine Fabel sei. Wir wissen nicht genau, was damit gemeint ist, wenn aber die Sache nicht einfach auf eine Verdrehung der Thatfachen seitens der Unternehmer hinausläuft, wird es sich wohl so verhalten. Jene Erhebungen sind in der Reichsdruckerei gemacht worden und werden wohl nur so viel beweisen, daß man den Gefahren der Zeitschreibung vorbeugen kann; denn daß dieselben bestehen, ist leider nur zu sicher. Dann würden also die Erhebungen gerade die Notwendigkeit der weitgehendsten Vorbeugungsmaßregeln bestätigen. Daß dem so ist, ergibt sich schon daraus, daß der Bundesrat die Verordnung nicht erlassen hätte, wenn aus jener Erhebung die Konsequenzen sich ziehen ließen, die das Prozentum zieht.

Der ganze Vorgang beweist also nur eins: das Unternehmertum setzt den Arbeiter stupplos jeder Gefahr aus und ist in seiner Beugung so schamlos, daß es selbst dort, wo ihm nur ganz minime Aufgaben gestellt werden, sich denselben entzieht, sobald sein Ausbeuterlohn auch nur um eine Kappalie verringert wird.

**Die Ursachen der häufigen Eisenbahnunfälle.** Die in letzter Zeit in so bedauerlicher Weise häufig eingetretenen Eisenbahnunfälle haben wenigstens das Gute, daß sie die Aufmerksamkeit der ganzen Oeffentlichkeit auf die Zustände im Eisenbahnwesen lenken und auch die bürgerliche Presse zu Ermägungen darüber veranlassen, ob nicht die Ueberlastung der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen einen wesentlichen Teil der Schuld tragen. So schreibt jetzt die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte:

„Wir halten es für notwendig, an die Betriebsleitung und die Aufsichtsbehörde unserer Eisenbahnen ganz bestimmte Fragen zu richten, deren Erwägung und wenn möglich öffentliche Beantwortung uns dringend notwendig erscheint. Das sind ungefähr folgende:

1. Ist der Oberbau unserer Eisenbahnstrecken allenthalben vollkommen tragfähig, auch nach der jüngst beschlossenen Verstärkung?
  2. Welche Bahnhöfe bedürfen, damit die Betriebssicherheit erhöht werde, dringend eines schleunigen Umbaus?
  3. Genügt die Zahl unserer Streckenaufsichtsbeamten oder wird bei dieser Beamtenzahl nicht allzu sehr geipart?
  4. Sind die Anforderungen an die Leistungen des Zug- und Bahnpersonals so, daß es immer und bis zum letzten Augenblicke der Dienstzeit vollkommen frisch und arbeitsfähig ist?
  5. Läßt man diejenigen Beamten, welche in ganz besonderer Weise frisch und energisch sein müssen, nur so lange im Dienst, als diese frisch vorhanden ist?“
- Es ist ja sehr wertvoll, daß die bürgerliche Presse jetzt endlich dazu aufrast, der Ueberbürdung des Eisenbahndienstpersonals ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Die hier gestellten Fragen konnten sich aber die „Deutsche Tageszeitung“ ersparen. Nicht allein, daß es schon fast Gemeingut der gesamten Oeffentlichkeit ist, daß die Eisenbahnen in der That überbürdet sind, ist z. B. im März dieses Jahres in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ auf Grund authentischer Materialien eine Artikelserie veröffentlicht worden, in der die Ueberlastung des Dienstpersonals der sächsischen Staatsbahnen zur Evidenz erwiesen wurde. Wenn Dienstzeiten von 330 Stunden und darüber im Monat konstatiert werden, so ist das Ueberlastung. Befristet sind unsere Angestellten von keiner Seite worden, sie können nicht bestritten werden. Und wer anzit die Augen zu verschließen und das aberne Geschrei von der sozialdemokratischen Verhökung anzuhören, mit unbesangener Binde die Eisenbahnerbewegung rubiert, die jetzt den Ordnungsmännern allenhalben soviel Kopfschmerzen macht, der muß auch daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß da böse Mißstände vorhanden sein müssen, deren Beseitigung dringend nötig ist.

Also der Fragen und umständlicher bürokratischer Untersuchungen bedarf es wahrlich nicht mehr, sondern nur des dringenden Verlangens nach sofortigen unvollständigen Reformen. Wenn sich die gesamte öffentliche Meinung der Sache annimmt, so kann das nicht ohne Wirkung bleiben. Man sollte sich doch gegenwärtig, daß es sich nicht bloß um die Hebung der Lage der Eisenbahner, sondern um die Sicherung vom Leben und Gesundheit aller handelt.